

„Haus Hof Garten“... „Haus Hof Garten“... „Haus Hof Garten“...



Verkaufsstellen... Einzelnummer 6 Millionen M. ... Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 469 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang Sonnabend, 6 Oktober 1923

Die gestrigen Verhandlungen der Koalitionsparteien.

Heute Vorstellung des Kabinetts.

Um den Achtstundentag.

Der gestrige Nachmittag diente fast ausschließlich den Besprechungen über den viel umstrittenen Achtstundentag. Es lagerten zwei oder richtiger drei Wege offen: Zum ersten der Entwurf, auf den sich die vier Koalitionsparteien ursprünglich geeinigt hatten. Danach sollten in dem Ermächtigungsgesetz oder in einem besonderen Gesetz drei Grundsätze aufgestellt werden. Prinzipiell behält der Normalarbeitstag eine Dauer von acht Stunden. Das Gesetz schreibt aber die Gebiete vor, wo Ausnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Notlage zulässig sind (Bergbau und Export). Wo solche Ausnahmen vorgenommen werden, müssen die Ausführungsbestimmungen auf befriedigend oder zufriedenstellend Weise erfolgen. Später hielt sich die Sozialdemokratie an die (letzte) Fassung jenes Produktionssteigerungsprogramms, das am 5. November 1922 noch unter dem Kabinett Birch von ihr genehmigt worden war. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun von dem Zentrum äußerte dagegen von vornherein Bedenken, die sich nicht ohne weiteres mit den Anschauungen der Sozialdemokraten vertragen ließen.

feiten und die Regierung dadurch aktionsfähig mache, so würde er zur Auflösung schreiten. Gegen 7 Uhr abends beschloß die Sozialdemokratie mit großer Mehrheit, die Verhandlungen über den Achtstundentag (auf der Grundlage des Novemberprogramms) und damit über die große Koalition weiter fortzuführen und den Boden nicht abbrechen zu lassen. Die Demokraten stellten bei den anderen Koalitionsparteien den Antrag, diese Aussprache über den Achtstundentag einem interfraktionellen Sachverständigenausschuß zu überlassen. Dieser Ausschuß, an dem sich vor allem parlamentarische Gewerkschaftler beteiligten, trat um 8 1/2 Uhr in der Reichskanzlei zusammen. Auf elf Uhr abends waren die Parteiführer zu einer Konferenz zum Reichskanzler gebeten worden.

Der Lösungsversuch.

E. F. Zwei Heberumpelungsversuche geben der inneren Politik der letzten Woche das Gepräge: der Putz rechtsradikaler Trupps gegen die Festung Rüsting und der deutsch-national-schwerindustrielle Vorstoß gegen das Volkswerk der deutschen Republik, die große Koalition. Das ist nicht nur ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen. Vielmehr besteht zwischen beiden Vorgängen ein innerer Zusammenhang. Gewiß nicht in dem Sinne, daß an den jüngsten Konferenzen des Herrn Stinnes im Hotel Splanade auch Herr Major Buchruder teilgenommen hat, der in Kottbus, wo er jetzt vor das Sondergericht gestellt wird, zurzeit des Rapp-Butisches unter Trommelschlag die Plakate des Generals v. Klüwitsh anhängen ließ, und dem man dann doch zur Sammlung und Ausführung seiner Pläne Gelegenheit gelassen hat. Wohl aber hatten beide Bewegungen dasselbe Ziel: den Umsturz der Republik, und dasselbe Mittel: die Erhebung der verfassungsmäßigen Organe durch außerparlamentarische Gewalt. Der Heberumpelungsversuch hat in bezug auf den Umsturz einen gewissen Erfolg gehabt. Die Achtstunde wurde befestigt. Bei der Deutschen Volkspartei, anfangs auch bei einigen Mitgliedern der anderen Koalitionsparteien, wurde eine gewisse Vermittlung hervorgerufen. Dann aber fehlte der Gegenstoß ein. Oberst v. Gubowius ließ den Rebellensführer kurzzeitig verhaften, die Aufständler umzingeln, die zum Entschluß herbeieilenden Automobile zusammenfassen. Die Parteien der großen Koalition erkannten die Gefahr, wiesen die Deutschnationalen zurück, haben in der letzten Nacht eine volle Verständigung erzielt, und es braucht bloß noch festgestellt zu werden, was mit dem Entschluß zu geschehen hat, der aus volksparteilichen Kreisen den Feinden der Koalition und des Parlamentarismus zu Hilfe gekommen ist.

„Wiederherstellung des großen Koalition angeht...“ „Wiederherstellung des großen Koalition angeht...“ „Wiederherstellung des großen Koalition angeht...“

Die aus je zwei Mitgliedern der Koalitionsparteien gebildete Kommission, die zur Beratung des Arbeitszeitgesetzes in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammengetreten ist, sollte ihre Verhandlungen um 11 Uhr abschließen. Die Beratungen, an denen auch der Reichsarbeitsminister Dr. Braun teilnahm, dauerte jedoch noch an. Während in allen anderen Punkten in der zwölften Stunde bereits eine Verständigung sich hatte ermöglichen lassen, hatte die Diskussion sich auf die Frage der achtstündigen Arbeitszeit im Bergbau zugespitzt. Es schien, als ob sich die weit auseinanderstrebenden Meinungen nicht vereinigen lassen würden. Um 11 1/2 Uhr trat der Reichskanzler in der Reichskanzlei ein, um an den Beratungen teilzunehmen. Die letzte Entscheidung wird übrigens nicht in den Beratungen in der Reichskanzlei, sondern in den Fraktionen, die heute früh sich zu Fraktions-sitzungen versammelt werden, fallen.

Die entworfenen Bemühungen um die Wiederherstellung der großen Koalition ist der klare und eindeutige Beschluß der Demokraten in reichen Fluß gebracht hat, haben einen schnellen Stimmungswechsel bei den Deutschnationalen hervorgerufen, wie die gestern abend recht kleinlaut gewordene Presse der Rechte deutlich erkennen läßt. Betrübend stellt der „Berliner Volks-Anzeiger“ den Umsturz fest. Auch das Blatt des Herrn Stinnes ist äußerst ungenügend über die rege Tätigkeit des von ihm tolgelagerten Reichstags, und die „Kreuz-Zeitung“ gründet alle ihre Hoffnungen darauf, daß die Sozialdemokratie unannehmbare Bedingungen stellen wird. Somit ist es ziemlich still geworden von dem leuchtenden Feldzug gegen Parlament und Parlamentarismus, und nur die „Deutsche Tageszeitung“ deutet in ihrem Leitartikel, der ansehend vor der Wendung der Dinge im Reichstag geschrieben ist, die Möglichkeit an, „auf anderem Wege“ als dem parlamentarischen ein festes Regiment einzufügen. Die Erschütterung der großen Koalition, die Bemühungen, sie durch eine andere Kombination zu ersetzen, haben mit voller Deutlichkeit erwiesen, daß sie jedenfalls heute die beste Verfassungsform ist, in der regiert werden kann. Wenn von den deutschnationalen Drahtziehern und den willfährigen Volksparteilern dieser Nachweise beabsichtigt war, dann ist er ihnen vollkommen geglückt.

Curzon über Englands Reparationspolitik.

England erwartet die nächsten Vorschläge von Frankreich.

Der dringende Wunsch nach einer baldigen Lösung. London, 5. Oktober. (Z. U.) In seiner heutigen Rede vor der britischen Reichstagskonferenz über die britische Außenpolitik machte Lord Curzon bedeutsame Feststellungen mit Bezug auf die französisch-belgische Währungsregelung. Nachdem er erklärt hatte, die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung hätte schon vor drei Monaten gelöst werden müssen, sagte er: „Wir müssen unseren Verbündeten nicht ihren Sieg, wenn das ein Sieg ist, im Gegenteil begrüßen wir ihn, wie wir ja auch lange schon selbst zur Aufgabe des passiven Widerstandes angetrieben haben. Aber sind wir damit der Lösung irgendwie näher gekommen? Welche neue Form der Zivilverwaltung oder der Organisation wird jetzt das Ausgabegeld erhalten? Die Stellung dieser Fragen wie ihre Beantwortung sind von Lebensinteresse. Allerdings ist ein Erfolg, den wir vorausgesehen haben, bereits eingetreten: Wir sehen den Beginn jener inneren Auflösung der Deutschen, die wir schon lange befürchtet haben, und von der wir uns hartnäckig eingedehet haben, daß sie nur ein Abgang sei.“ Es muß daran erinnert werden, daß diese innere Auflösung nicht nur ein bedeutendes politisches Symptom ist sondern auch beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung hat, da sie das empfindliche Verhängnis des eigentlichen Schuldners bedeutet. Welcher Schritt wird also angeht dieser Aufgabe zuerst unternommen werden? Ich habe in meinen

Besprechungen mit dem französischen Botschafter kein Gefühl aus der englischen Auffassung gemacht, ebensowenig wie der Ministerpräsident bei seinem letzten Besuch in Paris, den er dazu benutzte, die Atmosphäre der Freundschaft zwischen England und Frankreich herzustellen. Es ist uns wiederholt von der französischen Regierung versichert worden, daß sobald der passive Widerstand vollständig aufgehört habe, der Augenblick gekommen sei, um die Diskussion zwischen den Alliierten wieder voll aufzunehmen. Soweit ich es beurteilen kann, ist die deutsche Regierung ernstlich in ihren Absichten und hat die von ihr verlangten Schritte tatsächlich unternommen. Wie jedoch die Haltung der österreichischen Bevölkerung an der Ruhr sein wird, kann ich nicht sagen. Wenn aber die französische Auffassung recht hat, daß die Bevölkerung bisher nur auf Anordnung von Berlin hin ihren Widerstand betrieben hat, so dürfen aus der künftigen Haltung der Bevölkerung keine Schwierigkeiten mehr entstehen. Ich möchte hier lediglich bemerken, daß, wenn jetzt der passive Widerstand, wie wir es erwarten und gewiß hatten, durch die Zusammenarbeit ersetzt worden ist, es zu viel verlangt wäre, gleich eine enthuftische Zusammenarbeit zwischen uns und Frankreich zu erwarten. Die französische Regierung weiß daher wohl, daß wir abwarten und ihrer nächsten Vorschläge harren wollen. Die Möglichkeit, daß der passive Widerstand einmal eingestell werden würde, muß vom Quai d'Orsay schon lange in Rechnung gestellt worden sein, und die französischen Folgemaßnahmen müssen daher entweder im Umriß oder gar im Detail bereits fertiggestellt sein. Wir sind durchaus und gern bereit, aber sie mit Frankreich in freundschaftlichem Geiste zu diskutieren. (Schluß der Rede siehe Seite 2.)

So weit hat also der Verlauf der letzten Woche Klarheit geschaffen. Eines freilich wird man beachten müssen, wenn nicht die Erfahrung dieser Tage ungenutzt vorbeigehen soll. Es gilt, die Konsequenzen zu ziehen. Die Reichswehr hat in kürzester Frist ausgedient bewährt. Sie hat durch die Tat jene Behauptungen wagen gekraft, durch die ihre Zuverlässigkeit gegenüber rechtsradikalen Aufstrebenden angezweifelt worden ist. Es wird nun aber nötig sein, den Gründen dieses Fünftages nachzugehen und rücksichtslos nicht bloß die Symptome, sondern auch die Ursachen der Krankheit zu kurieren, die hier zum Ausbruch gekommen ist. Nachdem jetzt auch die große Koalition ihre Feuerprobe bestanden hat, wird sie prüfen müssen, wie der Krankheitsstadium in ihren eigenen Reihen befehtigt werden kann. Es ist eine interne Angelegenheit jeder Fraktion und jeder Partei, wen sie zu den übrigen rechnen will. Wir begnügen uns deshalb mit Registrierung der Forderungen, daß auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei die Arbeit besteht, eine eigene Partei zu gründen. Es werden die Namen Stinnes, Luag und Magerth genannt. Vermutlich würde ihr Aussehen für die Partei eine ähnliche Erleuchtung bedeuten, wie es der ermunternde Austritt des Abgeordneten Geisler, in dessen Front der „Vaterländischen Verbände“ jetzt auch diese Herren eingetret sind, vor kurzem gewesen ist. Um die Krise der letzten Tage richtig zu beurteilen, wird man an den Ursprung des jetzigen Reichstags zurückdenken müssen. Die verwirrenden Schlagworte, unter denen die Deutsche Volkspartei in den Wahlkampf von 1920 eingetreten ist, unter denen sie damals auch die Auswahl ihrer Kandidaten vollzogen hat, haben jahrelang ihre Agitation beherrscht und waren nicht in dem Moment abzuwerfen, in dem die Partei die Verantwortung für positive Regierungsarbeit über-